

# SWR2 Zeitwort

## 08.04.1968:

### **Günter Grass spricht im SDR**

Von Wolfram Wessels

Sendung: 08.04.2024

Redaktion: Susanne Schmaltz

Produktion: SWR 2017

---

#### **Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

#### **Service:**

SWR2 Zeitwort können Sie auch als Live-Stream hören im **SWR2 Webradio** unter [www.swr2.de](http://www.swr2.de) oder als **Podcast** nachhören:  
<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/zeitwort.xml>

**Autor:**

Die zuständige Redaktion „Politik und Zeitgeschehen“ hatte Günter Grass aufgefordert, sich zu den Unruhen in der Jugend zu äußern, denn der Schriftsteller war inzwischen vor allem als politischer Intellektueller in der Öffentlichkeit präsent, der sich für die SPD engagierte. Immer wieder hatte er sich gegen restaurative Tendenzen in der Bundesrepublik gewandt und vor dem Wiedererstarken der NPD gewarnt. Als 1966 Kurt Georg Kiesinger vom Bundestag zum Kanzler einer großen Koalition gewählt wurde, kritisierte Grass dessen Wahl scharf, weil Kiesinger seit 1933 Mitglied der NSDAP gewesen war und dem NS-Außenministerium gedient hatte. In diesem Punkt war der Schriftsteller ganz einig mit der Studentenbewegung. Aber er kritisierte sie und ihren „blindwütigen Aktionismus“ auch, was ihm wiederum die Kritik von Seiten der Studenten eintrug, ein bürgerlicher SPD-Freund. Also waren die Hörer gespannt, was Grass zu sagen hatte. Doch dann hörten Sie den Intendanten des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, CDU-Mitglied, der die Programmrichtlinien zitierte und dann erklärte:

**O-Ton von Hans Bausch:**

Verantwortlich für das Programm, so bestimmt es das Rundfunkgesetz, ist der Intendant. Deshalb musste ich mich fragen, ob ich verantworten kann, was Günter Grass sagt, und wie er es sagt. Ich hätte es vorgezogen, mit Herrn Grass vor dem Mikrofon über all das zu diskutieren, was er zu sagen hat. Aber Herr Grass hat auf seinem Monolog bestanden und steht für ein Gespräch vor dem 20. April nicht zur Verfügung. Dennoch habe ich mich dafür entschieden, den Beitrag von Günter Grass senden zu lassen, schon damit niemand von „Zensur“ sprechen kann.

**Autor:**

Und dann spricht Günter Grass, sagt, was zu erwarten war, dass der linke Studentenprotest auch die Rechte stärkte, weil an der Spitze des Staates Alt-Nazis stünden.

**O-Ton von Günter Grass:**

Ich weiß nicht, ob sich Herr Lübke und Herr Kiesinger bewusst sind, welchen Schaden sie tagtäglich der parlamentarischen Demokratie zufügen. Deutlich wird es von Tag zu Tag mehr, dass die Jugend nicht bereit ist, Demokratie unter solchen personellen Belastungen als Gegebenheit hinzunehmen.

**Autor:**

Grass zieht nun einen Vergleich mit der Tschechoslowakei, auch dort demonstrierten Studenten gegen ihre Regierung.

**O-Ton von Günter Grass:**

Genauso wenig wie, nach Ansicht der Prager Studenten, die sozialistischen Volksdemokratien den Stalinismus oder die Reste des Stalinismus länger ertragen können, sollte auch die immer noch junge parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik die Überreste und Neuauflagen des Nationalsozialismus ertragen können.

**Autor:**

Vor allem dies ging Hans Bausch eindeutig zu weit. In einem Nachwort hielt er Grass entgegen, dass ein Unterschied bestehe zwischen einem Stalinismus, der gerade durch den Prager Frühling beendete werden sollte, und einem Nationalsozialismus, der seit über 20 Jahren Geschichte sei. Kiesinger habe nie seine Vergangenheit verleugnet, sie sei längst bekannt gewesen, als er zum Kanzler gewählt wurde. Menschen hätten ein Recht, sich zu ändern.

**O-Ton von Hans Bausch:**

Was die „Neuaufgabe des Nationalsozialismus“ betrifft, so ist uns Herr Grass jegliche Andeutung eines Beweises dafür schuldig geblieben, dass Bundespräsident und Bundeskanzler so dächten oder handelten, als wandelten sie in Hitlers Spuren.

**Autor:**

Ein Schlusstrich, wie Hans Bausch ihn in seinem Nachwort zu Grass Äußerungen forderte, wird sich wohl nie unter die Vergangenheit ziehen lassen. Und wenn ein offener Austausch der Argumente darüber möglich ist, wie in dieser Sendung am 8. April 1968, ist das auch nicht nötig. Zumal wenn es ein Intendant mit Rosa Luxemburg hält, für die Meinungsfreiheit immer und vor allem die „Freiheit des Andersdenkenden“ war.